

Rede zum Haushalt 2016 – Sonja Gottlieb Fraktionsvorsitzende „Die Linke“

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Gäste!

Theoretisch könnte man die Haushaltsrede des letzten Jahres noch einmal vorlesen, denn am Grundproblem hat sich nichts geändert.

Eine verfehlte Finanzpolitik des Bundes und Landes, die die Kommunen ausbaden müssen. Die ADD fordert den Kreis auf, die Kreisumlage mal wieder um 1 % zu erhöhen, was für die Stadt Idar-Oberstein Mehraufwendungen von 585.000 Euro ausmacht. Gleichzeitig soll auf Druck der ADD die Stadt Idar-Oberstein 220.000 Euro, davon im freiwilligen Bereich 110.000 Euro, einsparen.

Die Freude über positive Entwicklungen, die in diesem Jahr ihren Anfang genommen haben, wie der Umbau des Bahnhofes, oder des Hallenbades, wird getrübt, wenn man auf der anderen Seite Grundstücke der Stadt veräußert, notwendige Renovierungen aussetzt, Stellen nicht mehr neu besetzt, Lehrschwimmbecken schließt und in den Bereichen Tourismus und Kultur Einsparungen vornimmt.

Wenn Unterhaltungsmaßnahmen verschoben werden, die erst in den kommenden Jahren durchgeführt werden – wohlwissend, dass dann die notwendigen größeren Reparaturen zu wesentlich mehr Kosten führen, dann ist der Verfall der Stadt vorprogrammiert.

Die Verwaltung hat natürlich alles getan, um den Haushalt genehmigungsfähig zu machen, und setzt nur um, was die Politik oder die ADD erwartet und an Spielraum lässt. Ich kann als freischaffende Handwerkerin das seitenschwere Haushaltszahlenwerk der Stadt nicht überarbeiten, sondern bestenfalls ein politisches Statement dazu abgeben.

Wären die Mehrheitsverhältnisse im Stadtparlament andere, würde einiges Geld, im Sinne der Linken, in andere Bahnen fließen, denn wir wollen eine Stadt die nicht nur nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen entwickelt wird, sondern, dass Wirtschaft und Verwaltung für die Menschen da sind.

Nach unserer Vorstellung würde mehr in den ÖPNV investiert, statt z.B. in Parkhäuser.

Je bequemer es für den Autofahrer wird, desto schlechter wird die Nachfrage nach öffentlichen Verkehrsmitteln, die den Bedarf ohnehin nur unzureichend erfüllen. Das die Straßen unter dem zunehmenden Individualverkehr stärker beansprucht werden und dadurch immer höhere Kosten verursachen, findet dabei keine Berücksichtigung. Die "Autogerechte Stadt" kostet uns eine ganze Menge. Sie haben gelacht, als ich die Schwerpunktsetzung auf das Auto für die maroden Spielplätze in der Stadt mitverantwortlich gemacht habe. Man kann das Geld doch nur einmal ausgeben und sie müssen zugeben, dass der Bedarf an Parkplätzen immer höher eingestuft wurde, als der nach Spielplätzen. Dabei wird in der Landesbauverordnung Rheinland-Pfalz bei einer Errichtung von Gebäuden mit mehr als drei Wohnungen ein Spielplatz für Kleinkinder vorgeschrieben, der nach seiner Lage und Beschaffenheit ein gefahrloses Spielen ermöglicht. Auch zum Schutz vor Verkehrsgefahren kann die Herstellung und Instandhaltung der Spielplätze verpflichtend sein.

Eine andere Fehlinvestition - Die unsinnige Fußgängerunterführung am Bahnhof, die, da es ja reichlich Zuschüsse gab, gebaut, und jetzt wieder für viel Geld zugeschüttet wurde. Die Frauen dieser Stadt hätten mehrheitlich dankend auf die Unterführung verzichtet, wenn man sie gefragt hätte, davon bin ich überzeugt.

Hoffentlich legen wir die 1 Millionen € Kostenerstattung des Landes für die Flüchtlingshilfe besser an, dass sie auch wirklich ihren Zweck erfüllt. Bezahlbarer Wohnraum im Eigentum der Stadt wäre nicht nur für die kommenden Flüchtlinge von Nöten.

Man hat sich lange dagegen gesperrt über eine alternative Nutzung der leerstehenden Kasernen und der Housings nachzudenken. Es hätte ja sein können, dass das Militär sie noch braucht, also wurde alles so belassen. Nun sind die Objekte nicht mal mehr für die Soldaten bewohnbar, geschweige denn für Familien. Dabei fände ich den Gedanken Flüchtlingen eine erste Zufluchtstätte zu bieten, wesentlich angenehmer, als neue Militäreinheiten in der Stadt. Eine Voraussetzung wäre allerdings die Verlegung der Schießanlage Algenrodt an einen anderen Standort, damit die asylsuchenden Flüchtlinge nicht ständig an die traumatischen Kriegsverhältnisse in ihren Heimatländern erinnert werden. Der Forderung nach einer Schließung der Schießanlage Algenrodt die in unmittelbarer Nähe der umliegenden Einwohner ist, sollte vom Stadtrat mit seinen Einflussmöglichkeiten unterstützt werden, um die

erhebliche Lärmbelästigung der betroffenen Bevölkerung zu beseitigen. Das Schieß- und Fluglärm in einem Interessenkonflikt zur Weiterentwicklung des Tourismus und dem Entwicklungskonzept des Nationalparkumlandes stehen, ist eine Tatsache die wohl allen Parteien des Stadtrates klar sein dürfte.

Als eine Stadt, die mit Schmuck und Edelsteinen ein Alleinstellungsmerkmal hat, und eines der Tore zum Nationalpark Hochwald-Hunsrück sein will, vergeben wir uns, wenn wir auf dieses Potential nicht aufbauen, Chancen die Stadt touristisch zu entwickeln und zu vermarkten. Man muss hier die Brunnen plätschern und die Vögel zwitschern hören, und die Edelsteine glänzen sehen. Wir haben eine grüne Stadt die viel Sehenswertes zu bieten hat und um die uns sicher manche beneiden. Wir brauchen ein vernünftiges Tourismuskonzept, und Förderungen in der Schmuck und Edelsteinbranche, damit Geld in die Stadt fließt.

Sehr positiv bewerten wir den Schleifer- und Goldschmiedemarkt in Oberstein, verbunden mit dem Straßentheater, das Menschen mit geringem Einkommen ein Kulturangebot ermöglicht. Auch die Jazztage, der Edelsteinmarkt in Idar und die Bemühungen der Interessengemeinschaft I-O und der anderen Vereine die Stadt zu beleben und Instand zu halten, finden unsere volle Anerkennung.

Wo wären die Bänke für die müden Wanderer, und die gepflegten Anlagen gäbe es keine Verschönerungs- oder Heimatvereine, bzw. Initiativen wie in der Kama. Was wäre, ohne die viele ehrenamtliche Arbeit im Freizeitbereich, im pflegerischen Bereich, im kulturellen Bereich? Alle diese Vereine führen einen harten Kampf, denn es ist nicht mehr selbstverständlich sich irgendwo zu engagieren. Die Ehrenamtskarte ist eine schöne Geste um Danke zu sagen, aber eigentlich wären bezahlte Arbeitsplätze und mehr Geld für die Vereine, die bessere Alternative. Auch die Erhaltung der Wanderwege und nicht nur der Traumschleifen wäre für uns eine vorrangige Aufgabe der Stadt.

Ziemlich befremdlich klingt, wenn uns im Haushaltsentwurf die Einsparungen als "Verbesserungen" verkauft werden. Die Stadt erhält vom Land 20.000 Euro weniger Zuschüsse für die Lernmittelfreiheit und 30.000 Euro weniger für den Bereich Kultur und geht im Haushaltsentwurf davon aus, trotz voraussichtlich eingeschränktem Kulturangebot ein Plus von 20.000 Euro an Eintrittsgeldern für Kulturveranstaltungen zu erwirtschaften. Für weniger Leistungen sollen jetzt also

höhere Preise verlangt werden. Wenigstens wurde unser Veto erhört, die niedrigeren Kategorien im Stadttheater weniger stark zu belasten, als die höheren Kategorien. Es ist zu befürchten, dass auch der restliche Haushalt viel zu optimistisch geplant wurde.

Könnten wir als Linke entscheiden, wo Geld investiert werden sollte, würden wir der Einrichtung eines Kunsthauses für Ausstellungen und kleinere Musikaufführungen den Vorzug geben. Wir hätten eine weitere Attraktion in der Stadt anzubieten und würden ein gutes Werk an den Künstlern der Stadt tun, bevor diese in die Großstadt flüchten. Das ehemalige Katasteramt, oder das Gebäude ehemalig Krieger, in der Fußgängerzone Oberstein, wären vielleicht schöne Objekte dafür.

Wirtschaftsförderung darf sich nicht nur reduzieren auf neue Einkaufsmärkte, zumal die Kaufkraft immer mehr abnimmt. Laut statistischem Bundesamt ist jede fünfte, in Deutschland lebende, Person von Armut betroffen. Mal schauen, ob in ein paar Jahren immer noch 20 Arbeitsplätze beim neuen Lidl vorhanden sind und nebenbei ob sich die Belegschaft einen Betriebsrat wählen durfte. Unserer Meinung nach müsste es mehr gezielte Förderungen für Handwerk und Dienstleistungen, sowie für Arbeitslose geben, denn Bedarf gäbe es genug.

Schaue ich mir am Ende den Haushalt nochmal an, sehe ich, der Liquiditätskreditbedarf erhöht sich 2016 um weitere 60.000 Euro.

Und die Liquiditätskredite steigen bis Ende 2016 voraussichtlich auf insgesamt 90 Millionen Euro. Wie soll das jemals zurückgezahlt werden?

Das Kommunale Investitionsförderprogramm des Bundes ist ein Schritt in die richtige Richtung aber gleichzeitig nur ein Tropfen auf den heißen Stein – mehr nicht! Wenn die Stadt Idar-Oberstein eine erfolgreiche Zukunft haben will, muss man aus den alten Strukturen, die sich als falsch erwiesen haben, ausbrechen. Wir benötigen kein Streichprogramm sondern zukunftsfähige Strukturen und vor allem eine Aufgaben angemessene und solide Finanzausstattung, wie sie auch vom Städtetag Rheinland-Pfalz gefordert wird.

In diesem Sinne, werde ich, für DIE LINKE, gegen diesen Haushalt stimmen, um unserem Protest Ausdruck zu verleihen.